DEUTSCHER FREIWIRTSCHAFTSBUND e.V.

Redaktion, Layout, Versand: Michael Musil
56410 Montabaur, Kopernikusstr. 8
Tel. 02602-180150 mobil: 0171 933 9466
Mail: info@freiwirte.de

Dt.Freiwirtschaftsbund • Kopernikusstr. 8 • 56410 Montabaur

FREIWIRTSCHAFT
Nr. 63 Mai/Juni 2014
Rundbrief gegen die Verwässerung der Erkenntnisse Silvio Gesells und für eine Konzentration auf das uns heute schon Mögliche

Liebe freiwirtschaftlichen Freundinnen
und Freunde,

ohne Vorrede zum Inhalt:

Über Verzerrungen des Marktes auf der Seite des Angebotes

Über den Einfluß des *Geldes* auf den Warenaustausch, das heißt Angebot und Nachfrage auf dem Markte, weiß inzwischen wohl jeder von uns Bescheid. In den Rundbriefen Freiwirtschaft ist dieses Thema Dauerbrenner. Es sind gerade die schauderhaften Fehler des Systems, die uns als DFB zu dieser Aufgabe herausfordern. Wir wissen und reden oft genug, daß alle Wirtschaftsprobleme zuerst eine Geldfrage sind, und nur die Unverwässerte Freiwirtschaft im Sinne Gesells sie lösen wird. Freilich, da wir sie noch nicht haben, müssen wir uns mit dem System befassen. Seine vielfältigen Schwächen zeigen sich auffallend, wo es Eingriffe in die Gestaltung von Nachfrage und Angebot unternimmt.

Gründe für Eingriffe in die freie Preisbildung

Auf dem Markte, also wo sich Geld und Waren/ Leistungen zum Austausch treffen, gibt es nicht nur Eingriffe von der Geldseite her. Das kapitalistische System der Ausbeutung durch Zins und Preisschwankungen hat mit Widerstand und Ungehorsam des Volkes zu rechnen und fürchtet die (unkontrollierte!) Rebellion. Andererseits will es die Schwächen und Wünsche des Volkes zu seinem eigenen Vorteil ausnutzen. Aus diesem Grunde ist es bemüht, bestimmte Angebote und ihre Preise durch gesetzliche Maßnahmen zu beeinflussen. Ein besonders häufiger Eingriff betrifft die Löhne, jedoch wollen wir uns in dieser Abhandlung damit nicht befassen.
Zwei Hauptwege werden zur Angebotskontrolle beschritten: Einmal bestimmte Waren zu verteuern, weil sie entweder lebensnotwendig sind und daher „um jeden Preis“ erworben werden müssen oder das Volk sich von ihnen irgend einen Nutzen bzw. Befriedigung verspricht.
Der umgekehrte Weg ist, gewisse Waren durch staatliche Beiträge zu verbilligen, und zwar einesteils- so widersinnig es scheint- aus dem gleichen Grunde, wegen seiner Lebensnotwendigkeit fürs Volk. Ein anderer Anlaß zur künstlichen Verbilligung der Ware sind direkte oder indirekte Subsidien, weil freie Marktpreise ihren Erwerb für die Menge schwierig, wenn nicht unmöglich machen. *Fälle der letzteren Art sind gar nicht selten, nämlich wo die Verbilligung nicht dem Volke, sondern dem Ausbeutesystem zugute kommt.*

Verteuerung von Waren aus fiskalischen Gründen

In dieser Abhandlung sprechen wir NICHT von den unverschämten Preisaufschlägen, die sich „Marktbeherrscher“ erlauben. Pfennigprodukte werden von großen Firmen nicht selten zum zehn-, zwanzig- ja fünfzigfachen Preise verkauft. *Der „freie Markt“ gestattet ihnen die Ausnutzung ihrer Mono-*

polstellung zugunsten eigener Profite, das heißt, ihre Monopole und Preismanipulationen entspringen unmittelbar dem Zinssystem. Uns geht es hier ausschließlich um die Verteuerung von Waren durch den Staat aus fiskalischen Gründen. Beim Verkauf der Waren und Leistungen mit zu kassieren, war und ist seit jeher bei Finanzfachleuten die beliebteste Methode.

Staatliche Verteuerung von lebensnotwendigen Gütern hat eine lange Tradition. Aus der Wirtschaftsgeschichte ist die Salzsteuer berüchtigt. Seit dem Altertum haben Republiken, Fürsten und Finanzgauner in ihr ein bequemes Mittel gesehen, sich Geld für ihre Extravaganzen zu verschaffen. Denn Salz braucht man nicht nur in der Suppe, sie war das wichtigste Konservierungsmittel bis ins 19. Jahrhundert. Salzmonopol und Salzsteuer haben noch Napoleon weit mehr verhaßt gemacht als die Zwangsaushebungen für die Große Armee. Letztere traf nur die (freilich widerwillige) Jugend, aber seine Steuerbürde traf ALLE! Worüber man freilich nichts mehr in den Geschichtsbüchern findet. Wäre es nicht die Befreiung von der napoleonische Steuerbürde gewesen, hätten die „Befreiungskriege" kaum die durchschlagende Unterstützung des deutschen Volkes gefunden. Die erste Tat der Befreier von Napoleon war, die Salzsteuer abzuschaffen!

Wenn es heute die Salzsteuer nicht gibt, so nur deswegen, weil sie nichts mehr einbringt. „Finanzfachleute" haben weit einträglichere Steuern erfunden. Es blieben allerdings noch viele traditionelle Abgaben, die keinen anderen Grund haben, als dem Staate Geld einzutragen. Die schlimmste aller gesetzlich sanktionierter Räubereien dürften Tabak- und Zigarettensteuer sein. In einer Zigarette sind nur ein paar Gramm eines Blattes der Tabakpflanze enthalten, dessen Kosten sich nicht einmal in Cents ausdrücken lassen, aber ein einziges Päckchen Zigaretten ist teurer als zwei Brote! Hier findet Ausbeutung der Süchtigkeit bzw. Schwäche des Menschen statt, die ihresgleichen im ganzen System sucht. Wohlgemerkt, nicht nur die Zigarettenindustrie macht Milliardenprofite, das gehört zum Zinssystem- trotz amtlicher Hindernisse. Nirgendwo sonst kassiert der Staat kräftiger mit als hier. Wer zollfreie Zigaretten von einer Urlaubsreise aus Übersee mitbrachte, weiß um die Preisdifferenz.

Freilich, ihr kann man sich auf einfache Weise entziehen- man braucht ja nicht zu rauchen! Doch hier geht es ums Prinzip. Der betroffene Mensch, der in seiner Jugend durch Manipulation und Fehlleitung süchtig gemacht wurde, wird (meist) lebenslang dafür mit Krankheitsanfällen bestraft. Zugegeben, als Kranker bekommt er einen Teil davon für Behandlungskosten wieder zurück. Das mag Zynismus sein, doch wo hat Ehrbarkeit im Zinssystem einen Platz? Wenn wir diesen Faden weiter verfolgen, sehen wir „wie eine Schuld fortzeugend Böses muß gebären"!

Mangelnde Willenskraft, dem System zu widerstehen, wurde und wird bis heute von den Staatslenkern ausgenutzt, dem kapitalistischen Staate Geldmittel zu verschaffen und sich selbst zu bereichern.

Nach Tabaksteuern stehen vor allem Steuern, die auf Alkoholika erhoben werden. Bier, das meistgetrunkene alkoholische Getränk, wird zum acht- bis zehnfachen Preis seiner Herstellungskosten verkauft. Der größte Teil davon sind Steuern auf das Erzeugnis, sogenannte „Verbrauchssteuern". Man beachte, die Verteuerung dient nicht dazu, den Konsum zu behindern oder einzuschränken. Sie beutet das Bedürfnis nach Alkohol und Geselligkeit aus. Denn das Leben im kapitalistischen System wird für die menschliche Natur zu oft als unerträglich empfunden. Die Sucht, es zu vergessen, der Wunsch in einer schöneren Welt zu leben ist Ursache für die Flucht ins Träumen undden Alkohol. Je schlechter das Dasein sich den Menschen bot, um so bereitwilliger waren (sind) sie, um jeden Preis- buchstäblich!- es zu vergessen. *Die Menge des Alkoholkonsums ist direkt proportional den Wirtschaftszuständen*. Wenn man als Historiker auf zeitgenössische Schilderungen von vor 200, 400 Jahren stößt, über Zustände in Rußland (Leibeigenschaft!) oder Leben in Polen, Irland (unmenschlicher Zwang, Grundherrentyrannei, Gängeln des Privatlebens durch Priester und Kirche) liest, oder daß die Mannszucht der britischen „Royal Navy" auf Brutalisierung, Prügel und Alkohol beruhte, sieht man diese Zusammenhänge schlagartig erleuchtet.

In mindestens einem Falle hat diese Kunst der Steuererhebung zum Aufstand, Krieg

und Abfall geführt: Die unerträgliche hoch und immer höher geschraubte Teesteuer- eigentlich doch ein „Luxusartikel“- aus Geldgier der britischen Regierung führte zur „Bostoner Teeparty“, welche Krieg und schließlich Unabhängigkeit der USA nach sich zog.
Auch die indirekten Steuern, die auf jeden Liter Kraftstoff an der Tankstelle erhoben werden, sind eine Ungeheuerlichkeit, die nicht damit widerlegt werden kann, daß sie der Finanzierung des Straßenbaus dienen soll. Denn sie trifft ausschließlich den „kleinen Mann“. Der Geschäftsmann und jedes Unternehmen, die weit mehr verbrauchen als der „kleine Mann“, kann diese Steuer ohne Mühe auf die Preise seiner Erzeugnisse und Leistungen abwälzen, ferner sich ganz damit ganz legal anderen Steuern entziehen, *sie landet also immer bei den wirtschaftlich Schwächsten, die damit noch mehr finanziell geschwächt werden*. Wie ausbeuterisch die Treibstoffsteuer sich in Deutschland auswirkt (es gibt in Europa da nur winzige Unterschiede) erfuhren wir vom Libyen Ghaddafis, wo ein Liter Benzin etwa 10 Cents kostete. Wir bezahlen also das 15fache und mehr an der Zapfstelle für das gleiche Produkt und indirekt etliches dazu bei unseren Einkäufen, was andere verbrauchen.
Die Treibstoffsteuer macht besonders deutlich, wie leicht, vielfältig, willkürlich und entscheidend das Angebot auf dem Markte durch gesetzliche Eingriffe verzerrt wird. So sind Schiffahrt und Flugverkehr von der Treibstoffsteuer ausgenommen, die Eisenbahn aber muß sie bezahlen, was zwangsläufig den Wettbewerb der „Verkehrsträger“ erheblich zu Ungunsten der Eisenbahn benachteiligt.
Andererseits müssen wir für den Betrieb eines Rasenmähers, den Landwirtschaftsschlepper oder ein Motorboot die Treibstoffsteuer bezahlen, ohne eine Staatsleistung in Anspruch zu nehmen. In der Landwirtschaft hat das zu vielen Unzuträglichkeiten geführt. Da die Landwirtschaftslobby ziemlich laut (abgesehen davon, daß sie im Recht) ist, trat eine komplizierte Bürokratie in Aktion, über das Finanzamt die Ungerechtigkeit der Treibstoffsteuer wieder auszubügeln. Was wiederum nicht verhindern konnte, daß die errungenen Privilegien tüchtig mißbraucht werden. Wer kann Mißbrauch effektiv kontrollieren? „Für den Fiskus spart kein Mensch!“ Das Finanzamt weiß nicht, ob des Bauern Traktor aufs Feld oder auf der Bundesstraße gefahren wird. Es ist bekannt geworden, daß steuerfreies Dieselöl unter der Hand auf den allgemeinen Markte verschoben wurde (und sicherlich bis heute wird).
So oder so, wir begreifen, wie ein Eingriff in Angebot und Preisbildung einen Rattenschwanz von Problemen aufwirft, die es in einem wirklich freien (durch indirekte Steuern unbelasteten) Markte- mit einem fiskalisch unbeeinflußten Warenpreis- nicht geben würde. Wir sehen in diesem Falle wiederum davon ab, die willkürlichen Preisabsprachen und Angebotsbeschränkungen der Ölproduzenten zu erwähnen, die den Markt auf ihre Weise- zugunsten der Profite- noch einmal ganz gewaltig zum Schaden des Volkes verzerren.

Von Zöllen und Sünden

Wir müssen in diesem Zusammenhang noch der Zölle gedenken. Die Erhebung einer Abgabe an den Staat für Handelswaren dürfte die älteste von allen Steuereintreibereien sein. Schon in Ägypten, Babylonien, Griechenland, Rom waren Zölle üblich, die am Stadttor von Beamten des Herrschers erhoben wurden, bevor sie den „Markt“ erreichten. Dieses Jahrtausende alte System wurde in Deutschland erst 1834 durch den Preußischen Zollverein beseitigt. Damals wurde die Zollgrenze an die politische Grenze der Staaten des „Deutschen Bundes“ verlegt und alle Binnenzölle aufgehoben.
Gleichzeitig änderte sich der Grundgedanke der Zollerhebung. Nun waren nicht allein fiskalische Gründe maßgebend, sie wurde zum „Schutzzoll“. Friedrich List hat diesen Gedanken in seinen Schriften vertreten. In den Kreisen „deutscher“ Kapitalisten fand er ein begeistertes Echo. Waren aus dem billigeren Ausland wurden fortan durch Zölle so verteuert, daß die rückständige heimische Industrie gegen das billige Angebot des freien Marktes bestehen konnte. Auf Kosten der Löhne, versteht sich.
Man sollte dennoch diese Idee nicht vom heutigen Standpunkt verurteilen. Die Geldwirtschaft in Deutschland basierte damals auf dem Preis des Silbers, und Edelmetall-

geld war international. Hätte man den ungehinderten Einkauf von ausländischen Waren zugelassen, so wäre mangels marktfähiger Tauschwaren das in Deutschland umlaufende Silber ins Ausland abgeflossen. Das hätte bald erheblichen Mangel an Tauschmittel in Deutschlands internem Handelsverkehr hervorgerufen. Die Folgen: Deflation, Niedergang, Massenerwerbslosigkeit, Steuerrückgänge und weitere volkswirtschaftliche Schäden wären katastrophal gewesen. Die-internationalen- Krisen des Geldumlaufes waren schon schlimm genug, die Schutzzollpolitik des Zollvereins unter den Umständen der einzige Ausweg.

Warenverteuerung durch Zölle hat immer eine Grenze. Diese Grenze setzte freilich nicht die freiwillige Beschränkung von Machthabern und Zöllnern auf das allgemein Zumutbare, weil sie ja nie genug bekommen konnten, sondern der Eigennutz des wirtschaftenden Menschen.

Wenn einer kassiert und damit den Preis über das treibt, das der Markt ertragen will, so treten umgehend Menschen auf, die diese Differenz ausnutzen und- in die eigene Tasche stecken. Das sind Schiebereien und Schmuggel. Die blühen um so kräftiger, je größer der Unterschied zwischen freiem Marktpreis und dem durch Zollaufschlag geforderten ist.

So ist es nicht verwunderlich, daß schon im Altertum der Schmuggel eine Bedrohung der Staatseinnahmen bildete, wogegen die Behörden mit Gesetzen, Gewalt und harten Strafen einschritten. Oder es wenigstens versuchten. Alle Maßnahmen, welche man schon früh erfand, wirkten nicht, das Erscheinen von Schmuggelgut auf dem Markt zu unterbinden. Bis heute haben Bescheinigungen, Stempel, Lizenzen, Privilegien nichts daran geändert! Geschmuggelt, geschoben und bestochen wird heute ebenso wie einst in Babylon. Korruption ist die unausbleibliche Begleiterscheinung, der kein Staat jemals Herr geworden ist, was immer er unternahm. Die „Zöllner und Sünder“ sind schon im Neuen Testament verrufen. Wie kann ein schlecht bezahlter Zöllner widerstehen, wenn er täglich das Tausendfache und mehr seines Gehaltes brav, *uneigennützig* für „Vater Staat“ einkassieren soll?

Schmuggel und Korruption

Der schwäbische Ingenieur und Schriftsteller Max Eyth (1836-1906) erzählt in seinem recht bekannt gewordenen Buche „Hinter Pflug und Schraubstock“, wie er kurz nach dem Bürgerkrieg den Fowler’schen Dampfpflug in die Vereinigten Staaten einführen wollte. Der „Schutzzoll“ der USA machte ihn praktisch unverkäuflich. Seine enorme Leistung hätte nicht ausgereicht, Zinsen, Abschreibungen und Betriebskosten für den überhöhten Kaufpreis zu erwirtschaften. Man rät ihm, einen Kongreßabgeordneten aufzusuchen, damit der einen Ausnahmetarif für Dampfpflüge durchbringe. Es kommt zur Besprechung, der Volksvertreter fragt ungeniert: „Wie viel bekomme ich dafür?“ Man schließt einen geheimen Vertrag, daß für jeden eingeführten Dampfpflug soundsoviel an den Kongreßmann gehen. Aber das kostet viel Zeit, die Eyth nicht hat. Er geht zur Zollbehörde. Der Behördenleiter sagt ungefähr: Unser Tarif für Dampfpflüge steht, daran kann ich nichts ändern. Aber wenn Sie ihn *eidlich* als Gußeisen deklarieren, ist eine billigere Einfuhr möglich, vorausgesetzt, Sie zahlen….wieviel? Der an Ehrlichkeit und die Heiligkeit der Eide gewöhnte Deutsche ist entsetzt: Einen Dampfpflug als Gußeisen erklären? „Die Grenze Amerikas ist geschützt mit einem Schnellfeuer von Eiden, die täglich zum Himmel knallen. Bei jeder Zollbehörde der Staaten wird alles deklariert, was es nicht ist. Überlegen Sie! Well, Mister, mehr kann ich ihnen nicht raten.“ Am Ende zahlt Eyth für den Pflug, den der Dampfer auf dem Kai von New Orleans abgeladen hat, an die fünf ranguntersten Zöllner pro Mann und täglich einen Dollar, damit sie von der nächsten Kneipe beobachten, wie er das „Gußeisen“ montiert und abfährt.

Hübsch zu lesen, aber nicht einzigartig. Mein Vater, der seinen Beruf in der Grenzspedition (an der russischen, später litauischen Grenze) erlernte, erzählte gelegentlich, wie Schmuggel gehandhabt wurde. Man kannte sich gegenseitig, Zöllner und Spediteur, und hatte Vertrauen, daß dicht gehalten wurde. Kommt ein Waggon voll mit Getreide. Was ist das? Ach, bloß Heu. Gut, darf in den Rangierbahnhof. Umgekehrt geht eine Lore mit Landmaschinen ins Russische. Die russischen Zöllner, den Lan-

dessitten entsprechend leicht bestechlich, haben gar kein Interesse, ihre nationale Industrie zu schützen, wenn…sie die Ladung ein bißchen zünftiger verzollen, gerade daß es nicht auffällt. „Der Mann, der mit einem Paket Tabak am Zollhaus vorbei schlich, der war nichts. Waggonweise, das war die Methode, den der richtige Schmuggel bevorzugte!“
Sich über Korruption zu entrüsten, parlamentarische Untersuchungskommissionen einzuberufen, die Gerichte zu beschäftigen, das sind billige Maßnahmen, die seit 4000 Jahren absolut nichts erreichten oder änderten. Weil sie dem Eigennutz des Menschen entgegen stehen. Es kommt immer wieder auf die Geldfrage hinaus, und mit dem kapitalistischen Geld sind eben keine besseren Ergebnisse möglich. Wer in die Gesetze des Marktes mit Angebot und Nachfrage mit Staatsgewalt eingreift, muß sich abfinden, daß das so oder so daneben geht.
Wie anders und einfach wird alles mit dem Freigeld nach Silvio Gesell! Wir bestrafen nicht Schmuggel, bekämpfen nicht Korruption, versuchen nicht den Menschen zu uneigennützigem Verhalten zu erziehen. Unsere Lösung ist einfach, ganz einfach:
Fiskalische Eingriffe in Angebot und Nachfrage des Marktes werden abgeschafft.
Freigeld macht die üblen finanziellen Erscheinungen des Systems einfach UNMÖGLICH.

Sind Subsidien harmloser als Verteuerungen der Waren?

Betrachten wir nun das Gegenteil der Verteuerung, nämlich die Verbilligung gewisser Waren. Zweifellos verfolgt der Staat, der bestimmte Waren auf dem Markte billiger verkauft sehen möchte, damit einen politischen Zweck. Aber der Staat hat gar kein Geld, die Differenz zum Marktpreis auszugleichen. Was er an der einen Stelle zubuttert, muß er anderswo zuerst seinem Bürger als Steuerzahler abnehmen. Auch diese Sorte von Eingriffen hat eine lange Tradition: Schon im alten Rom wurde von staatswegen an die bedürftige Bevölkerung Brotgetreide zu einem nicht kostendeckenden Nominalpreis abgegeben.
Der politische Zweck war natürlich völlig klar: Die besitz- und erwerbslosen Volksmassen Roms (das bekanntlich von Großkapitalisten völlig beherrscht wurde) satt zu erhalten, und damit das System vor der Gefahr blutiger Hungerrebellionen zu sichern. Darum wurden die Provinzen des Imperiums gezwungen, Getreide frachtfrei nach Rom zu liefern. Solche Vergünstigungen hat nicht einmal das Britische Weltreich des 19. Jahrhunderts seinem heimischen Industrieproletariat zugestanden.
Totalitäre, besonders sozialistisch-kommunistisch geführte Staaten haben ein gestörtes Verhältnis zu Geld, Handel und dem Markte selbst: An Marx orientiert, glauben sie, sich über Wirtschaftsgesetze hinwegsetzen und den Markt manipulieren zu können. Wer sich des untergegangenen Sowjetimperiums und der DDR erinnert, weiß, wie Angebot und Nachfrage willkürlich verzerrt wurden. Brot und Wodka waren spottbillig, aber eine Wurst- ausgenommen die berüchtigte Currywurst- oder gar Bekleidung waren im Vergleich zu freien Westpreisen unverschämt überteuert. Was knapp oder zweitrangig im sozialistischen Wirtschaftssystem war, mußte umständlich beantragt werden und hatte oft jahrelange Lieferfristen. Auch solche Probleme kann der gehandikapte Markt lösen, und da ein selbsttätiger Ausgleich nicht gestattet wurde- aus ideologischen Gründen- blühte ein „illegaler Markt“, der die Hemmungen des dirigierten Marktes umging. Die Steuerung des Marktes über das Angebot mittels Preisfestsetzungen erwies sich IMMER als Fehlschlag, den allerdings die Machthaber nie zur Kenntnis nahmen- sie hätten ja sonst ihren Marxismus-Leninismus als falsche Lehre eingestanden.
Einen Ausnahmefall von staatlichem Eingriff der Warenverbilligung, und zwar aus ernährungs- bzw. gesundheitspolitischen Gründen kann ich anführen, der überraschenderweise seine Absicht sogar erfüllte: Das nationalsozialistische Regime bemühte sich nach 1933, die Eß-Gewohnheiten der Volksmassen zu verbessern. Sie vom erkannt schädlichen Konsum tierischer Fette, zumal vom Schwein, abzubringen, wurde eine Propaganda-Aktion gestartet.
Sie suggerierte „Marmelade auf den Frühstückstisch“. Um das zu erreichen, wurde eine staatlich „verbilligte Vierfruchtmarmelade“ auf den Markt gebracht. Die Subventi-

on hatte Erfolg! Marmelade als Brotaufstrich wurde bekannt und beliebt, obwohl heute keiner weiß, wie sie in Deutschland volkstümlich gemacht wurde.

Verbilligungen im Interesse des Großkapitals

Fälle wie der eben geschilderte sind seltene Ausnahmen. Besonders kraß und daher etwas mehr bekannt als üblich sind die gewaltigen Staatszuschüsse, die Südkorea an Autoindustrie und Werften zahlt, welche hauptsächlich für den Export arbeiten. Es besteht kein Zweifel, daß die koreanische Exportindustrie einen schlechten Stand hätte, würde sie nicht mit Steuergeldern konkurrenzfähig erhalten. Da auch der koreanische Staat kein anderes Geld hat als das, das er seinem Volke über Steuern vorher abknöpfte, schenkt das Volk einen Teil seines Einkommens dem Ausland. Ob die bevorzugten Industrien sich in der Hand koreanischer oder internationaler Groß-Kapitalisten („Investoren“) befinden, konnten wir leider nicht feststellen. Für die Zusammenhänge ist das auch belanglos. Ausbeutung bleibt Ausbeutung, ob durch Volksfremde oder Landsleute. Es soll in Korea zweierlei Preissysteme geben, eines für den Binnenmarkt und das anderemit erheblichen Staatszuschüssen- für Exportwaren. Das wäre durchaus konsequent, denn irgendwoher muß der einfache koreanische Staatsbürger das Geld dafür beschaffen. Für uns allerdings ist ebenso klar, daß diese künstliche Verbilligung der Exporte ein Gegenstück zum Schutzzoll Friedrich Lists darstellt, aber die gleiche Wirkung auf das koreanische Volkseinkommen ausübt. Daß damit auch Korruption einher geht, ist unzweifelhaft, doch bisher sind Skandale nicht bekannt geworden.

Bleiben wir in Deutschland, denn hier gibt es handfeste Beweise, daß auch das deutsche Volk an gewisse heimische Industrien beachtliche Beiträge zahlt, Erzeugnisse und Leistungen zu verbilligen: Dazu gehört unsere berühmte Autoindustrie!

Es ist doch so: Ein gewöhnliches Auto besteht aus rund 18.000 Teilen, und wenn es für 18.000 Euros verkauft wird, dann kostet das Einzelteil etwa einen Euro. Jeder sieht ein, daß hier etwas nicht stimmen kann. Woher kommen die prächtigen Dividenden, die unsere Autohersteller alljährlich ausschütten- und obendrein noch andere, marode Autofabriken im Ausland aufkaufen können? Selbst für den doppelten Preis- das ist schon bessere Mittelklasse- bekommt man einen „Wagen“ tatsächlich spottbillig- für nicht viel mehr als zu den Selbstkosten.

Damit die Autoindustrie trotz ihrer billigen Fabrikate noch Profit machen kann, und das muß sie, denn ihre Aktien sind an der Börse geachtet, liegt nicht allein in ihrer Leistungsfähigkeit, die weltweit Spitze ist.

Trotzdem erhält sie von Staate Zuschüsse, die üblicherweise verschleiert werden. Winfried Wolf („Eisenbahn und Autowahn“) und andere haben aufgedeckt, wie das geschieht: Da gibt es z.B. „Forschungsaufträge“ und „Entwicklungsaufträge“ in Höhe vieler Millionen an die Autohersteller. Da gibt es Zuschüsse für die „Erhaltung von Arbeitsplätzen“, Grundsteuernachlässe, geheime Transporttarife der DB, die nicht die Kosten decken, da werden Autos für Beamte, Abgeordnete, Minister usw. massig eingekauft und nach spätestens einem Jahr durch neue ersetzt. Banken, Firmen tun das Gleiche und setzen so ihre Profite von ihren eigenen Steuern ab, da werden Ersatzteile so verteuert, daß ein Auto, daraus gebaut, das Vier- bis Fünffache kosten würde- usw.

Ferner arbeitet die Werbung mit zwei-, dreistelligen Millionenbeträgen, dem Volke den Kauf eines neuen „Wagens“ zu suggerieren- und mit Erfolg! Kein anderes Produkt unserer Gesellschaft wird so getätschelt, gehegt, umsorgt, zum Lebensbedürfnis erklärt- was es nicht ist. Freilich nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Als General Motors durch die Obama-Administration vor der selbstverschuldeten Pleite finanziell „gerettet“ wurde, konnte jeder sehen, welche Bedeutung die Autoindustrie für die Geldfinanz, das Großkapital besitzt. Dieselbe US-Riesenfirma General Motors aber plünderte ihre deutsche Tochter Opel, ihre beste Kapitalanlage, so vollständig aus, daß diese jetzt selber vor dem Bankrott steht. Die Hoffnung, von der Merkel-Regierung gerettet zu werden, dürfte nicht unbegründet sein. Nur stehen da andere „Interessen“ entgegen. Wie immer in diesem System, wird gemauschelt, intrigiert, alles auf Kosten der Werktätigen, deren Arbeitsplätze zu retten man vorgibt, damit die Öffentlichkeit nicht bemerkt, daß

es einzig und allein um *Profite* geht.
Doch wozu das alles? Ist die Massenmotorisierung Selbstzweck? Nein!
Es geht um etwas ganz anderes, was natürlich niemand wissen darf: Ohne Autos als Massenverkehrsmittel wäre das Billionen-Ölkartell aus dem Geschäft! Die Zusammengehörigkeit von Autoindustrie und Ölmonopol wurde von der legendären Rockefeller-Familie begründet, und diese hält die Welt heute fester denn je in ihrem Griff!
Wiederum erkennen wir, wie schädlich für Volk und Wirtschaft auch diese Eingriffe in das Angebot auf dem Markte sind. Es wird für uns nach dem Sturz des Systems viel zu bereinigen geben. Für etliche wird es eine schwerwiegende Umstellung bedeuten. Aber weil Freigeld die Geld- und Profitgier beseitigt, wird es dem Einzelnen dennoch viel besser gehen als die verlogene kapitalistische Ausbeute-Wirtschaft ihm mit Werbe-Illusionen vorzugaukeln vermochte.

Auch Milliardäre leben gefährlich- und sterben---mysteriös
(reuters 27-03-14 via iraq-war.ru/ Übersetzung)

„Der britische amtliche Leichenuntersucher" (Coroner) „hat im Falle des Todes des im Exil lebenden jüdisch-russischen Milliardärs Boris Berezowsky eine „offene", d.h. nicht eindeutig feststellbare Todesursache bekannt gegeben.
Der Pathologe Simon Poole, der die Leiche untersuchte, bestätigte frühere Schlußfolgerungen, daß Eindrücke an Berezowskys Körper auf Erhängen hinweisen und keine Zeichen eines Kampfes vorliegen.
„Prof. Bernd Brinkmann, ein wohlbekannter deutscher Fachmann für Erhängen und Ersticken, gab eine entgegengesetzte Beurteilung des Todes. Er erklärte, daß die „Eindrücke weit entfernt von der typischen V-Form sind, die man bei denen sieht, die sich selbst das Leben nahmen." Er glaubt, daß der Geschäftsmann von jemandem erwürgt und dann die Leiche an einer Schiene im Baderaum aufgehängt wurde. Fernerhin haben die Ermittler einen Fingerabdruck nicht identifizieren können, der im Badezimmer hinterlassen wurde. Sie stellten die Anwesenheit einer unbekannten Person fest, zwei Tage bevor er starb, die nicht zum Haushalt des Berezowsky gehört.
„Zeugen behaupteten, daß der Milliardär deprimiert gewesen sei, nachdem er seinen Drei-Milliarden-Pfund-Gerichts-Prozeß gegen den Eigentümer des Chelsea Fußballclubs verloren hatte. Er hatte vorgebracht, daß Abramowitsch ihn bei Verkauf von Aktien der russischen Ölgiganten SIBNEFT betrogen habe. Die Klage wurde abgewiesen, der Richter hatte Berezowskys Zeugnis „unehrlich, oberflächlich, im großen und ganzen unzuverlässig" bezeichnet.
Andere Zeugen gaben an, daß Berezowsky entschlossen gewesen sei, den Streit mit Abramowitsch vor Gericht fortzusetzen."

*

Boris Abramowitsch Berezowsky war einer der bekanntesten Leichenfledderer der Sowjetunion, den das „Forbes Magazine" schon 1996 als „Patenonkel des Kreml" bezeichnete, „der der sizilianischen Mafia noch das eine oder andere beibringen könnte." Aus dem Jahre 2004 ist ein Ausspruch Berezowskys bekannt: „Es gibt nicht einen einzigen bedeutenden Politiker in ganz Rußland, der nicht von mir finanziert wurde, und das schließt die „Anderes Rußland Partei" („russische "Nationalisten") ein". Der ukrainische Politiker Leonid Krawtschuk (siehe Rundbrief 62) beschuldigte 2005 Berezowsky, den Wahlkampf Janukowitschs zum Präsidenten der Ukraine finanziert zu haben.
Berezowsky gehörte zu der „Familie", dem Klüngel um den Trunkenbold Boris Jelzin, welche die allergrößten Diebe des Staatsvermögens stellte und aus der auch Wladimir Putin hervorging. Offensichtlich zerstritt sich die „Familie" in Parteien, die um Macht, Einfluß und Geld sich erbittert befehdeten. Berezowsky gehörte zu denen, die hinausgewuchtet wurden, wobei als Vorwand der eine oder andere Korruptionsfall diente, über welche die „Familie" bestens Bescheid wußte. Berezowsky war ebenso empfindlich wie dickfellig und zog jeden, der über ihn etwas zu sagen wußte, vor Gericht- wobei er erstaunlicherweise- oder doch nicht?- alle Prozesse spielend gewann- außer den letzten. Als „politischer Asylant" in England aufgenommen, schmähte er öffentlich seinen früheren Schützling Putin, der es ihm mit Beschlagnahme seiner verbliebenen Rußland-Milliarden vergalt. Er stritt gegen seinen Mitjuden und Chef der

Alfa-Bank Mickhail Fridman, was bekanntlich Juden streng verboten ist, gegen Forbes Magazine, etliche andere und zuletzt eben gegen seinen früheren Freund Abramowitsch, doch das bekam ihm übel.
Berezowsky hatte jedenfalls mehr Ansehensschaden im „Familienkreise“ angerichtet als ertragbar war, so daß dort sein Tod als Befreiung von einem Laster gewertet worden sein dürfte. „Wenn es um Milliarden geht, spielt die Zahl der Leichen keine Rolle.“ Auch nicht die Milliarden eines Milliardärs. Wenn Professor Brinkmann den Fall richtig beurteilte, und sein Gutachten scheint den „Coroner“ mächtig beeindruckt zu haben, dann besteht kaum Zweifel, daß es die Tat eines Berufs“Killers“ gewesen ist. Von wo er kam und wohin er ging, mag man raten. Ja, auch Milliardäre leben gefährlich, und Leibwächter (die Berezowsky schützen sollten) nützen im Untergrundkampf der Geldverschwörung nicht viel. In diesem Milieu darf niemand auf Treue rechnen, ist niemand gegen Bestechung gefeit und nie seines Lebens sicher.
Ähnlich sonderbare Todesursachen unter Bankgewaltigen sind in der Öffentlichkeit in jüngster Zeit aufgefallen. Im Februar 2014 wurde berichtet: „Finanzwelt erschüttert von vier anscheinenden Selbstmorden von vier Bankern in einer Woche“ (http://rt/business 03-03-2014), darunter ein Spitzen“manager“ der Deutschen Bank William Broksmit, „dessen Leiche in seiner Wohnung in South Kensington (London) aufgefunden wurde“.
Wir werden die Gründe der „anscheinenden“ Selbstmorde nie erfahren! Sicher ist nur eines: Es ging da auch nur- ums Geld! Fragt sich nur- wessen!

Weltwährungsfonds warnt Ukraine: Kämpft für den Osten oder kein Geld!
(www.zerohedge.com/news 01-05-14, Übersetzung)

„IMF genehmigte gestern eine 17 Mrd. US-Dollar Anleihe der Ukraine. Gazprom-Schulden werden bezahlt, Ukraine hat wieder Bargeld, und die Tür ist offen für weiteren beherrschenden Einfluß der EU und US auf die zerrüttete Nation….bis auf einige Bedingungen:
„Wenn die ukrainische Regierung die Herrschaft über die östlichen Bezirke verliert, wird der 17 Mrd. Rettungsanker dann anders gefaßt.“
„Das heißt sinngemäß übersetzt: Geh mit Gewalt gegen die russische Minderheit vor, und schließlich gegen Rußland selber- wenn Putin seine Landleute nicht im Stich läßt- oder es gibt kein Geld von uns.“
„Weitere Punkte: Ukraine muß bis September einen festgelegten Vertrag mit Gazprom vorlegen, IMF sagt, die Inflation der ukrainischen Währung soll um 16% zunehmen und meint, steigende Gaspreise können die Hrvinya schwächen.“

*

SIEBZEHN Milliarden- bei dieser kabbalistischen Zahl wissen wir sogleich, wer dahinter steckt! Die Putschisten-Regierung in Kiew wird wenigstens DAS wissen. Vom Geld versteht sie- wir sagten es schon früher- freilich nichts, ist auch unnötig, weil sie dem IMF ausdrücklich zugestanden hat, über die ukrainische „Währung“ zu bestimmen.
Die Tricks sind immer dieselben! Wir erinnern uns an die Dawes-Anleihe, mit der die Hochfinanz vor 90 Jahren der Weimar-Republik-Deutschland „auf die Beine half“, nachdem sie mit der Rieseninflation zusammengebrochen war. Eine Billion Mark der Reichswährung = Eine Rentenmark! „Mark ist gleich Mark“ entschied kurz danach das Reichsgericht, und Millionen deutscher Kleinbürger verloren alles, was sie im Laufe des Lebens erspart hatten. Die Wallstreet-Hyänen eroberten ohne Schwertstreich die bestimmende Mehrheit in Deutschlands Industrie und entschieden über die Politik der Reichsbank. Ganz ähnlich ging es Deutschland, nachdem es eine „eigene“ Regierung 1949 erhielt, mit dem berüchtigten „Marshall-Plan“.
Wir fragen: Wozu braucht die Ukraine überhaupt eine US-Dollar Anleihe? Niemand kann in Kiew ein Brot mit US-Dollars einkaufen. Kein Arbeiter wird in Dollars bezahlt. Die IMF-Anleihe ist nur ein Fetzen Papier, kein bares Geld. Das sollte die Putschisten-Regierung allerdings wissen. Also läßt sie, mit der Anleihe als „Deckung“, fleißig neue Hrvynja-Scheine drucken! Beim IMF weiß man natürlich schon jetzt, was die Folge sein wird: Inflation, Preissteigerungen, Währungsverfall! Ja, man rechnet bereits, wie zugegeben, „mit 16% Inflation“!

Und dabei wird sie nicht stehen bleiben. Die Ukrainer bezahlen, Gewinner wird allein die Geldfinanz, die hinter dem IMF steht und die Zinsen aus der 17 Mrd. Dollar Anleihe kassiert.
Wie schamlos der Volksbetrug in der Ukraine betrieben wird! Kein Wunder, wenn die russische Minderheit aus diesem heruntergewirtschafteten, bankrotten, korrupten, undemokratischen Staate mit seiner illegalen Regierung zu entkommen versucht. Gerade wegen der US Finanz"hilfe"- kann es nicht besser, sondern nur noch schlechter werden. Aber der geht es ja gerade um den industriell entwickelten Osten, deshalb dürfen die Kiewer Putschisten die östliche, russische Ukraine nicht verlieren.

CIA und FBI Agenten ‚beraten' ukrainische Regierung
(AFP 04-05-2014 nach Bericht in „Welt am Sonntag")

„Bild am Sonntag" zitierte eine nicht genannte deutsche Informationsquelle, daß CIA- und FBI-Agenten Kiew helfen, die Rebellion im Osten der Ukraine zu beenden und eine funktionierende Sicherheitsstruktur aufzubauen. Sie gab zu, die Agenten seien nicht direkt eingesetzt, die russischen „Militanten" zu bekämpfen. Ihre Aktivität sei auf die Hauptstadt Kiew beschränkt. Die Agenten des FBI helfen auch der Regierung, organisiertes Verbrechertum zu unterdrücken"
„Eine Sondergruppe des *FBI, auf finanzielle Fragen spezialisiert,* ist beschäftigt, die umfangreichen Vermögensanlagen des früheren Staatspräsidenten Janukowitsch aufzufinden".

„Das Weiße Haus bestätigte, daß CIA Direktor John Brennan auf einer europäischen Rundreise vor kurzem Kiew besuchte."

„Ukrainische Soldaten von Neo-Nazi erschossen wegen Weigerung auf eigene Leute zu schießen"
(Olga Shedrova 28-04-2014
www.strategic.culture.org/ , Übersetzung)

„Die „Anti-Terroristen-Operationen", vom Kiewer Regime angekündigt, um die Proteste in den südöstlichen Regionen der Ukraine zu unterdrücken, sind in der Armee unpopulär.
Die örtlichen Polizeieinheiten im Donetzk, Lugansk, Charkow und andere Städte weigerten sich, gegen die Besetzung der öffentlichen Gebäude durch die Protestierer einzuschreiten.
Der amtierende Innenminister Avakow befahl daraufhin die Aufstellung neuer Polizeiformationen aus dem ganzen Lande. Sie sollen ausdrücklich für Strafaktionen geschult werden. Der Milliardär Igor Kolomoisky" (siehe RB 62), „ein israelischer Staatsbürger, der vom Kiewer Regime zum Gouverneur der Dnjepopetrowsk-Region ernannt wurde, versprach Bargeldprämien für die Ergreifung von Protestierern.
Die Armee ist ebenfalls in die Operationen im Donbass verwickelt. Reservisten entzogen sich der Gestellungsspflicht oder wechselten die Seiten- und das von Anfang an. So haben sich zum Beispiel am 11. April die Soldaten der Alfa-Spezialeinheit geweigert, besetzte Gebäude anzugreifen. Am 24. April, als ein neuer Angriff befohlen und versucht wurde, hat diese Einheit einfach nicht mitgemacht.
Am 14. April haben die Soldaten der 14. Luftlande-Brigade, die bei Slavjansk eingesetzt wurde, die Seiten gewechselt und schlossen sich der militanten Volksbewegung an. In der 93. mechanisierten Brigade, die auf Tscherkassy angesetzt war, brach Meuterei aus.
Reservisten, die für einen 10-Tage-Einsatz eingezogen wurden, stellen jetzt den größeren Teil der Armee dar, die den Protest niederschlagen soll. Die Mobilisierungspläne sind fehlgeschlagen, daher hat man die Gestellungspflicht auf die 55jährigen erweitert. Wegen Geldmangel ist ihre Versorgung schlecht, oftmals erhalten sie nicht einmal Verpflegung. Es werden bereits Fälle von Plünderung durch die Dienstverpflichteten gemeldet. Öfter nehmen sie Eßwaren gewaltsam von der Bevölkerung. Aber Kiew mißachtet die Bedürfnisse sowohl der Armee wie der einheimischen Bevölkerung. Yegor Sobew von der Junta erklärte, jeder Offizier, der die Befehle bei der Slavjansk-Operation nicht ausführte, würde vor ein Kriegsgericht gestellt werden.
Nicht imstande, die Truppe dahin zu bringen, auf eigene Landsleute zu schießen, fallen die Kiewer Herrscher und ihre Helfer wie Kolomoisky, auf die Neo-Nazi „Sektor Verbände" zurück. So haben diese auf die

93. Brigade das Feuer eröffnet, als diese revoltierte. Auch auf die 25. Brigade wurde von ihr geschossen und ein Soldat getötet.
Nachdem die Junta die Unterstützung der Armee verlor, kann sie nur bei ihren Neo-Nazi Banden auf Unterstützung rechnen.
Ist das die Demokratie, die die westlichen Hintermänner der von ihr eingesetzten Junta uns als Vorbild hinstellen?"

*

Angesichts dieses traurigen Beinahe-Bürgerkrieges, der die russische Minderheit weit mehr betreffen muß als die nationalen Ukrainer, fällt die schwächliche Politik des Kreml und Putins unangenehm auf. Viele halten Putin für einen russischen Nationalisten, der sich gegenüber den amerikanisch-kapitalistischen Politikern durchzusetzen verstehe, zumal die Ereignisse sich ja vor der eigenen Haustür abspielen. Mit dem Volke hinter sich, was hätte er zu fürchten? Aber wenn ihm die Sympathien der Russen zuflogen, als er die Krim in die russische Föderation aufnahm, so sehen wir in der gleichen Lage jetzt ein Verhalten, das man nur als Volksverrat bezeichnen kann. Putin unternimmt nichts, seine Landsleute in der Ostukraine vor der Willkür der Kiewer illegalen Junta und ihrer US-israelischen Hintermänner (und -weiber) zu bewahren. Er hat alle Trümpfe dafür, aber er spielt sie nicht, er protestiert, mault, redet, beschwichtigt, aber handelt nicht.
Die Volksabstimmung in der Ostukraine konnte er nicht verhindern, ohne sich bloßzustellen, ihr Ergebnis ist ihm eine Verlegenheit- genau wie für die Amerikaner! Nun will er „mit Kiew verhandeln", was ja automatisch die Anerkennung der Putschistenregierung bedeutet, die bisher deklamatorisch von ihm verurteilt wurde. Feigheit, politische, diplomatische Unfähigkeit oder was sonst? Die schwache Politik Putins wurde dem Beobachter schon Ende November 2013 erkennbar und entsprechend verwegener traten die amerikanischer Politiker in der Folgezeit gegen ihn auf. Die russischen Patrioten, die an ihr Volk glauben, an die Zusammengehörigkeit der Nation und für ihre Landsleute in der Ukraine eintreten, werden demnächst bitter enttäuscht werden.
So scheint angebracht, auch den ex-Kommunisten und ex-KGB-Offizier Wladimir Putin als heimlichen Mitspieler bei der Unterdrückung der Russen in der Ukraine und der Festsetzung der westlichen Hochfinanz im Nachbarlande anzunehmen. *Die russische Nation ist dem Multimilliardär Putin gleichgültig,* nur darf er als Staatspräsident seine wahre Einstellung dem Volke nicht zeigen. Er war als *Kommunist ein überzeugter Internationalist, er ist es geblieben als internationaler Großkapitalist*. 40 Mrd. Dollar soll das Vermögen betragen, das er aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion in seine Taschen stopfte. Ein Korrespondent von „Stormfrom.org." behauptet, in Moskau sage man ihm sogar 60 Mrd. Dollar nach. Das sei dahingestellt, Tatsache ist jedoch, daß er Weisungen von seinem Freunde Roman Abramowitsch erhält, der öffentlich erklärte, seine „Vorschläge" habe Putin immer ausgeführt. Abramowitsch steht mit 14 Mrd. „nur" an fünfter Stelle der reichsten „Russen", gilt aber als der politisch Einflußreichste. Abramowitsch besitzt die russische und britische Staatsbürgerschaft, Wikipedia erwähnt nicht, daß er auch den israelischen Paß hat, doch man darf sich das denken, wenn es ein Foto von der Landung seiner Privatanfertigung Boeing 767 in Tel Aviv veröffentlicht.
Womit WIR wieder bei unserem Ausgangspunkt Berezowsky landen. Die Rundreise dürfte manche Hintergründe aufgedeckt haben, die die Medien- wenn überhaupt- in so kleinen Brocken servieren, so daß man keine Zusammenhänge erkennen kann. ***Kapital ist international, kennt keine Heimat und kein Vaterland, auch Putins Rußland ist ihm untertan. Es steht außerhalb unseres Begriffsvermögens, wie Geldgier Milliardäre, die ganz gewöhnliche Menschen sind, geistig so verderben kann. Es verschlingt sie, erst den Verstand, dann die Seele. Aber so ist das System.***
„Der Spiegel", der Putin als „Halbstarken" schmähte, hat den unversöhnlichen Haß des politik-bestimmenden Bankenkartells auf den Staatspräsidenten Rußlands sichtbar gemacht. Kann Putin sicher sein, daß ihm „seine" Milliarden bleiben, wenn Rußland den Bankstern zufällt? Wir möchten das bezweifeln. Das Schicksal Berezowkys und Janukowitschs, Ghaddafis, Saddams, Mubaraks- alle Milliardäre!- der jahrelange US-gelenkte Krieg gegen Syriens Staatspräsi-

dent Assad, könnte am Ende auch ihn treffen- und vernichten- samt seinen Milliarden!

Wenn ein Milliardär stirbt, was bleibt zurück? Das Geld natürlich!
(ABC news, 2-5-2014)

Die Unsterblichkeit können sie sich nicht kaufen, auch nicht für Milliarden, die sich zu ihren Lebzeiten auf dem Bankkonto vermehrten wie Bakterien. Nicht einmal die Gesundheit.
„Paul Ramsay, Gründer der privaten Krankenhaus-Gesellschaft „Ramsay Health Care" hinterläßt Milliarden für Wohltätigkeit in seinem Testament."
„Mr. Ramsay starb in seiner Haus in Bowral (Australien) infolge eines Herzinfarktes. Er war vorige Woche in einem Hospital in Europa in bedrohlichen Zustand eingeliefert worden."
Offensichtlich konnten die (Schulmedizin-) Ärzte damit nicht fertig werden und schickten ihn nach Hause.
„Ramsay Health Care" ist der größte private Eigentümer von Krankenhäusern in Australien, ihr gehören 151 Krankenhäuser weltweit, die mehr als 30.000 Menschen beschäftigen.
„Mr. Ramsay besaß 36,2% der Gesellschaft, die einen Börsenwert von 9,03 Milliarden Dollars besitzt. Er hatte auch „Interessen" (d.h. Zinseinkünfte!) in der regionalen Fernsehfirma „Prime Media Group", deren Vorsitzender er bis vor kurzem war, als auch Investitionen in Werbung, Grundstücken und Landwirtschaft." Paul Ramsay vermachte die Masse seines Vermögens von 3,3 Mrd. Dollars für Wohltätigkeit (charity)."
Wir haben also die Tatsache, daß ein Milliardär vom Reichtum Ramsays sich im Namen der Gesundheit 151 Krankenhäuser aneignete, aber keines von denen war imstande, ihm das Leben zu retten. Woraus man ohne weiteres schließen kann, daß das Gleiche auch für das gewöhnliche Volk gilt, welches eines von Ramsays Krankenhäusern aufsucht, bzw. von Ärzten dorthin eingewiesen wurde, vorgeblich, um dem „Patienten"(auf Deutsch: Duldenden, Leidenden) das Leben zu retten. Woraus weiter zu folgern ist, daß „Gesundheit" offenbar in zweierlei Richtung gelesen werden muß, einmal als Wunsch jedes Menschen, zum anderen als Geschäft, das einem Milliarden einträgt, wenn man es richtig anzufangen versteht und weiß, wie Geld in Bedrängnis Geratener zu nutzen ist.
Man wird natürlich wissen wollen, wer von den Wohltätigkeits-(„charity") Milliarden im einzelnen beschenkt wurde. Doch darüber wurde nichts mitgeteilt. Sicher ist nur, daß kein Cent an die jetzigen und ehemaligen Patienten der Krankenhäuser Mr. Ramsays verteilt wird. Auch ist nicht zu erwarten, daß die Milliarden, die das Krankenhausgeschäft umsetzte, nun revidiert und im Interesse der allgemeinen Wohlfahrt die Pflegekosten drastisch verringert werden. Nein, Ramsays Milliarden werden voraussichtlich Leuten zugute kommen, die nichts, rein gar nichts zur Wohlfahrt und Gesundheit der Menschen beizutragen haben. Das ist die Moral von „Philanthropen"(deutsch: Menschenfreunden), die übrigens beste Duz-Beziehungen zu demokratisch gewählten Politikern pflegen. Australiens Premierminister Tony Abbott sagte nämlich: „Ich kannte Paul seit 41 Jahren. 41 Jahre war er ein Freund, manchmal Wohltäter und vielfach eine Erleuchtung. Ich werde ihn sehr vermissen, und von einem weitem Zirkel von Leuten, denen er half und sie begünstigte."
Ich oder Du gehören leider nicht zu diesem „Zirkel" Ausgesuchter!
Es gehört zum Zynismus solcher Leute, daß sie vorgeben, sich im Dienste der Gesundheit zu betätigen und am Gegenteil, nämlich den Krankheiten, zu verdienen verstehen. Das eine wie das andere sind Gegensätze, die sich ausschließen. Ist es da noch verwunderlich, wenn Krankheiten und Krankheits-Paniken erfunden werden? Krankheiten und Zins gehören zusammen; ist das Zinssystem beseitigt, endet auch das Geschäft damit! Der berühmte Lebensreformer und Freiwirtschaftler Werner Zimmermann schrieb schon vor 80 Jahren in seinem viel gelesenen Büchlein „Sozialismus in Freiheit": „Die Natürliche Wirtschaftsordnung wird herrlich gesunde Menschen hervorbringen…". Heute wissen wir den Grund, wie richtig seine Ahnung war!
Bleibt nur noch eine Kleinigkeit zu erörtern übrig: Weshalb starb Mr. Ramsay an einem Herzinfarkt und niemand konnte- oder wollte- ihm helfen?
Wir kennen uns inzwischen ein bißchen mit

der „Germanischen Heilkunde“ aus, und da wissen wir, daß der ***Herzinfarkt die Folge eines Revierkonfliktes bzw. Revierverlustes*** *ist; der mit seiner riesigen Krankenhaus A.G. in Beziehung stehen dürfte. Irgend jemand ist im vorigen Jahre in Ramsays „Revier“ (beim Militär heißt die Krankenabteilung „Revier“) eingebrochen, was ihm offenbar „das Herz brach“(!). Das kann nur ein anderer Milliardär oder eine Gruppe von ihnen, jedenfalls Mächtigere als Ramsay, gewesen sein, welche ihn aus seinem lukrativen Geschäft zu verdrängen suchten. Was für Intrigen da liefen, wissen wir natürlich nicht. Aber wir vermuten, daß es nicht nur in Rußland, sondern auch in Australien einen „Krieg der Milliardäre“ zu geben scheint.*
„Krieg der Milliardäre“ war der Titel eines Buches des Freiwirtschaftlers Hans Schumann; wie es scheint, ist er immer noch aktuell! Das Schlimme daran ist, daß diese Kriege auf unserem Rücken und unsere Kosten ausgetragen werden!

Japans neueste Schuldenbilanz in Yen: 1.020.000.000.000.000
(Tyler Durden 11-05-2014,
www.zerohedge.com/news)

Wir Europäer werden von der amerikanischen Zählung, die in Tausender statt Millionen rechnet, etwas verwirrt, sie spricht hier von Quadrillionen, ein Ausdruck, den gewiß niemand hier vorher gehört hat. Aber wir zählen einfach die Potenzen nach, und da kommen wir auf Billiarden, oder besser ausgedrückt auf 15 Stellen hinter der Eins. Das sind die öffentlichen Schulden Japans, und es lebt immer noch! Trotzdem, sein Finanzminister borgt unverdrossen weiter: Seit Jahresende 2013 stieg die Staatsschuld um 7 Billionen Yen. Und so kam es mit den Zahlen für Mai, daß Japan die „Quadrillionen“ Grenze erstmals überschritt. Wir schreiben dafür mathematisch eindeutig:
1,02 x10 hoch 15 Yen= Öffentliche Schulden Japans.
Das sind 8,06 Millionen Yen pro Kopf der Bevölkerung, derzeit knapp 60.000 Euro.
Japans Finanzminister jammert: „Die Situation ist sehr schwerwiegend geworden, wegen der geringen Fortschritte in der Finanzreform.“

Vom freiwirtschaftlichen Standpunkt aus wäre dazu festzustellen, daß entgegen den Behauptungen der Professoren die Staatsschuld an sich für die Wirtschaft keine Rolle spielt. Die Schuldenverzinsung wird nicht von den Banken, sondern vom Volke getragen, also mit sinkendem Lebensstandard bezahlt.
Der Gang der Wirtschaft wird nicht von den öffentlichen Schulden, sondern vom umlaufenden baren Gelde bestimmt. Solange Geld zirkuliert, wird Japans Wirtschaft laufen.
Solche Feststellungen sind ohne weiteres auf unsere Verhältnisse zu übertragen. Auch unsere Wirtschaft bricht nicht unter der Schuldenlast zusammen, die Deutschland aufbürdet wird. Doch wir, das schaffende Volk allein, müssen eines Tages diese Schulden bezahlen, nur ist offen, auf welche Weise. Hoffentlich wird das endlich der Tag sein, an dem unser Volk die überfällige Rechnung mit den geldmachthörigen demokratischen Politikern begleicht.
Daß solche Zeiten dann nie mehr wiederkehren, dafür werden wir mit der Einführung von Freigeld sorgen.

Jahresmitgliederversammlung 2014

Aus gegebenem Anlass stellt sich die Frage, ob wir eine persönliche Zusammenkunft veranstalten, oder ob es per Web-Konferenz ausreicht.
Bei einem persönlichen Treffen schlage ich vor den Standort **Montabaur** zu wählen, da Georg Kausch im Juli in Deutschland weilt und ohnehin in Montabaur sein wird.
Der Termin wäre dann Mitte Juli.
Ich bitte die Mitglieder um Meinungsbildung und Rückmeldung per Telefon, Fax oder email.

Wenn nur mangelhaftes Interesse besteht, können wir das auch per Web-Konferenz machen, da keine Wahlen auf der Tagesordnung stehen.
Bei mehr als 10 Interessenten lohnt sich auch ein Treffen.

Bitte Rückmeldung bis Ende Juni unter:

Tel. 02602 180 150
Fax 02602 - 90945
Mail: info@freiwirte.de